



Polen - Pressespiegel 2/2026 vom 8.1.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Radosław Sikorski: Ich habe den Eindruck, dass die Lektion, die die Deutschen und Franzosen bekommen haben, ihnen in Erinnerung geblieben ist
- Fünf Thesen am Ende eines Vierteljahrhunderts
- Die Konföderation lobt die Zusammenarbeit mit Nawrocki. „Das lässt sich nicht mit dem vergleichen, was Duda gemacht hat.“
- Palast gegen Regierung: Streit über Nawrockis Äußerungen zur „Verteidigung der Westgrenze“
- Wird 2026 das Jahr Brauns sein?
- Schöne, junge Polinnen äußern sich zum Polexit: Wie KI und ein gehackter Account die EU-feindliche Stimmung anheizten

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Radosław Sikorski: Ich habe den Eindruck, dass die Lektion, die die Deutschen und Franzosen bekommen haben, ihnen in Erinnerung geblieben ist



Quelle: [Dawid Żuchowicz / Agencja Wyborcza](#)

Interview von Bartosz T. Wieliński mit dem polnischen Außenminister Radosław Sikorski

Bartosz T. Wieliński: In Ihrem neuesten Buch habe ich einen Aufsatz gefunden, der 1996 nach dem Wahlsieg von Aleksander Kwaśniewski in der Präsidentschaftswahl in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ veröffentlicht wurde. Sie betitelten ihn „Wie wir Polen verloren haben“. Sollte man nicht, dreißig Jahre später, angesichts dessen, was Präsident Karol Nawrocki tut, und der immer besseren Umfragewerte der extremen Rechten in unserem Land, einen Text mit demselben Titel schreiben?

Radosław Sikorski: Nein. Damals war die Macht des Präsidenten viel größer. Es galt die kleine Verfassung, es gab die sogenannten Präsidenten-Ressorts: Verteidigungsministerium, Innenministerium, Außenministerium, über deren Besetzung der Staatschef entschied. Und damals hatte die Solidaritätsseite das Recht, sich vor einer Rückkehr der Postkommunisten an die Macht so kurz nach dem Umbruch zu fürchten. Wir konnten nicht sicher sein, wie sie sich verhalten würden. Die SdRP, die damalige postkommunistische Partei, forderte zum Beispiel ein Referendum über Polens Bestreben, der NATO beizutreten. Sie distanzierten sich also stark von den Bemühungen, in das Nordatlantische Bündnis

einzutreten. Ehre gebührt Aleksander Kwaśniewski dafür, dass er damals anders gehandelt hat. Ich ziehe jemanden vor, der in den 80er Jahren Karrierist war, heute aber ein europäisches Polen verteidigt, gegenüber jemandem, der vielleicht tapfer gegen den Kommunismus gekämpft hat, heute aber Polen aus dem Westen herauslösen will. Denn wichtig ist nicht nur die Vergangenheit, sondern vor allem die Richtung, in die die Reise geht. Im Laufe der Jahre habe ich einige Ansichten revidiert. Und ich schäme mich überhaupt nicht dafür.

Sehen Sie keine Ähnlichkeiten zu jener Zeit? Auch heute ist es schwer vorherzusagen, was uns erwartet. Werden wir zum Beispiel die Europäische Union verlassen oder nicht?

Zum Glück droht uns das nicht. Ich habe kürzlich im Sejm darüber gesprochen. Die Regierung wird einem solchen Vorgehen einfach nicht zustimmen. Und dass Präsident Nawrocki versucht, die Ordnung Polens zu ändern, ohne die Verfassung zu ändern, wofür es keine Stimmen im Parlament gibt, stellt zumindest vorerst keine reale Gefahr dar. Aber leider schwächen solche Handlungen den Staat.

Die Schwächung des Staates in der gegenwärtigen internationalen Lage ...

... ist extrem verantwortungslos. Leider hat Polen im Ausland nicht nur Freunde, sondern auch Konkurrenten und Feinde. Die Feinde kennen wir. Aber es gibt Länder, die keine Fans davon sind, dass die Bedeutung Polens auf der internationalen Bühne wächst. Und den Politikern dieser Staaten hat der Präsident einen Vorwand geliefert, vorsichtig mit Polen umzugehen, weil man nicht weiß, wer dort regiert.

Beziehen Sie sich auf den letzten Gipfel in London, an dem Deutschland, Frankreich und Großbritannien teilnahmen, zu dem aber der polnische Ministerpräsident nicht eingeladen wurde?

Ich sage nur, wenn in einem Land jemand die Spaltungen vertieft, entsteht ein Raum, in den man einen Keil treiben kann. Eine Praxis, so alt wie die Welt.

Oder ist es vielleicht in Polen so, dass jeder Präsident versucht, seine Macht auszubauen? Sie selbst schreiben, dass Lech Wałęsa versuchte, eine eigene Außenpolitik zu führen, völlig unabhängig von der Regierung.

Aber dafür hatte er eine Grundlage, denn er „verbog“ die damals geltende kleine Verfassung. Die heute geltende Verfassung lässt sich jedoch nicht auf diese Weise auslegen. Als sie verabschiedet wurde, war ich ein Kritiker der darin enthaltenen Lösungen. Und ich habe es vorausgesagt: Sie schafft eine innerlich gespaltene Exekutive und enthält ein Rezept für einen permanenten Krieg an der Spitze. Dort wurde ein Auto mit zwei Lenkräder konstruiert.

Die Verfassung von 1997 hat jedoch so lange funktioniert.

Es gab Zeiten rauer Kohabitation, aber nicht so rau wie heute. Das heißt, nicht so sehr, dass der Präsidentenpalast ganze Bereiche staatlichen Handelns und staatliche Verfahren boykottiert.

Sogar unter Lech Kaczyński?

Mit Lech Kaczyński hatte ich Streit in grundsätzlichen Fragen. Heute jedoch scheint es mir, dass ich, was Rechtsstaatlichkeit, die Haltung zur Ukraine, zu Israel und auch zur Europäischen Union betrifft, den Ansichten von Lech Kaczyński viel näherstehe als Präsident Nawrocki.

Lech Kaczyński war jedoch kein Befürworter des Lissabon-Vertrags, des wichtigsten institutionellen EU-Abkommens.

Aber er hat ihn ratifiziert. Und zuvor, 2007 an der Humboldt-Universität in Berlin, sprach er über die Europäische Union als zukünftige Föderation.

Er behauptete, ich habe es selbst gehört, dass Polen nach Inkrafttreten des Vertrags in der Union dieselben Rechte haben werde wie Galizien in Österreich-Ungarn.

Es war Jarosław Kaczyński, der 2007 diesen Vertrag verhandelte. Bitte sprechen Sie mit ihm darüber, wie das Abstimmungssystem im Europäischen Rat hätte aussehen können. Der vorherige Vertrag von Nizza

gewährte Polen genauso viele Stimmen wie Spanien, eine Stimme weniger als Frankreich oder Deutschland. Die Visegrád-Gruppe zusammen hatte mehr Stimmen als diese beiden Staaten. Wer hat das abgegeben und dem System der doppelten Mehrheit zugestimmt? Jarosław Kaczyński und sein Bruder. Und in diesem System reicht es nicht, dass ein Vorschlag von mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten im Abstimmungsverfahren unterstützt wird, sondern die zustimmenden Stimmen müssen außerdem mindestens 65 Prozent der Bevölkerung der Gemeinschaft repräsentieren. Man hätte damals eine gerechtere Lösung schaffen können, in der Polen mehr zu sagen hätte. Wenn die PiS also jemanden dafür verantwortlich machen will, dann nur sich selbst. Ich bin auch kein Befürworter der doppelten Mehrheit, weil sie es zu leicht macht, eine blockierende Minderheit der beiden größten Länder zu bilden. Aber anstatt deswegen gegen die Europäische Union zu hetzen, hätte man sich vor 20 Jahren den Vorschlägen der EVP bei der Konferenz für die Zukunft Europas anschließen müssen, wo wir vorgeschlagen haben, die blockierende Minderheit auf fünf Staaten auszuweiten und die Mehrheit auf 4/5 der Staaten festzulegen. (...)

Heute gehört der Krieg zu den Herausforderungen Polens, ein vollumfänglicher jenseits der östlichen Grenze sowie ein hybrider bei uns und unseren europäischen Verbündeten. Und Sie haben sich, bevor Sie ganz von Diplomatie und Außenpolitik in Anspruch genommen wurden, mit dem Militär beschäftigt. 1992 waren Sie stellvertretender Verteidigungsminister in der Regierung von Jan Olszewski.

Ich half bei der Organisation des ersten Besuchs des NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner in Polen. Lustigerweise griff mich damals die „Gazeta Wyborcza“ heftig an. (...)

Interessant ist, dass Sie sich irgendwann, als markanter Rechter, bekehrt haben und, wie es die polnische rechte Presse ausdrücken würde, ein Europäer geworden sind.

Ein pro-westlicher Mensch war ich schon immer. Ich wollte ein normales Polen, das heißt ein Polen als Teil der westlichen Zivilisation. Ich habe nie vom verrotteten Westen gesprochen, denn Polen sollte der Westen sein und ist es heute, Gott sei Dank, trotz der zivilisatorischen Risse.

Ihre damaligen Kollegen aus der Regierung und der sie unterstützenden Koalition sprachen damals auch nicht vom verrotteten Westen, obwohl dieser Ausdruck heute in der gottvaterländischen Strömung der Rechten damit assoziiert wird. Im Gegenteil, sie schrien, dass das postsolidarische Zentrum und die Liberalen zu vorsichtig in ihren Träumen von westlichen Strukturen seien, dass sie sich zu sehr vor Russland fürchteten. Erst später änderten sie ihre Meinung.

Tatsächlich ist ein Teil der polnischen Rechten auf die Gleise russischer und sowjetischer Propaganda geraten, und das erstaunt mich. Es scheint mir, dass ein Teil des sarmatischen kulturellen Wesens, das mindestens bis in die Zeit der Targowica zurückreicht, die Überzeugung ist, dass Traditionsbewusstsein und katholische Orthodoxie wichtiger sind als Demokratie und Integration mit dem Westen. Heute nimmt dies die Form einer Angst an, dass durch Wohlstand, europäische Integration und ethnische Minderheiten die Polen künftig weniger polnisch sein könnten. Ich halte das für lächerliche Ängste, denn ich habe nicht bemerkt, dass sich Spanier, Italiener oder Engländer unter solchen Einflüssen entnationalisiert hätten. Außerdem ist Martyrologie nicht das einzige historische Modell von Polentum. In Zeiten, in denen wir siegten, wie bei Kluschino oder Kirchholm, waren wir weniger martyrologisch.

Sie würden Ihnen sagen, dass der Westen nicht unbedingt die Europäische Union sein muss, denn die Union ist gerade eine kommunistisch geprägte Gleichmacherei.

Nur dass die Europäische Union im Geiste eine Institution des Westens ist. Und ich bin nicht der einzige moderne Konservative, der so denkt. In meiner letzten Rede im Sejm zitierte ich zur Untermauerung dieser These Alcide de Gasperi, den legendären christdemokratischen Premierminister Italiens, sowie Johannes Paul II., der im Sejm über Polens Weg „von der Lubliner Union zur Europäischen Union“ sprach. Also ist meine Wahrnehmung der Union als zeitgenössische Verkörperung der Römischen Republik nicht einzigartig.

Ihre ehemaligen Kollegen zitieren in Bezug auf die europäische Integration dafür den italienischen Kommunisten Altiero Spinelli, der von einem europäischen Superstaat, einem föderalen Europa, etwas in der Art der Vereinigten Staaten träumte, als Beweis dafür, dass vertiefte europäische Integration ein autoritäres, geradezu sowjetisches Konzept sei.

Aber die europäische Idee ist nicht nur der Rechten vorbehalten. So wenig wie der Antikommunismus Eigentum der PiS ist. Die Mehrheit der Veteranen des Kampfes gegen den echten Kommunismus zu Zeiten, als er herrschte, in den 80ern, 70ern und sogar 60ern, war nicht in der PiS, sondern in der Bürgerplattform. Lech Wałęsa kämpfte wirklich gegen den Kommunismus, Senator Bogdan Borusewicz kämpfte wirklich gegen den Kommunismus, Donald Tusk stand wirklich am Tor der streikenden Werftarbeiter in der besetzten Gdańsker Werft, die gegen den Kommunismus protestierten. Kürzlich besuchte ich das Museum des Kalten Krieges in der Jezuicka-Straße in Warschau. Es befindet sich in den Kellern eines Kommissariats der Bürgerlichen Miliz, auf dem 1983 der Oppositionsstudent Grzegorz Przemysk zu Tode gefoltert wurde. Direktor des Museums ist der Sohn meines Freundes Józek Szaniawski. Er schien überrascht, mich zu sehen. Erstens, dass ich ihn besucht habe, zweitens, dass ich ihm Exponate übergab, und drittens, dass ich auf den Fotos mit Oberst Kukliński mich selbst fand. (...)

Als Sie Anfang der 2000er Jahre Verteidigungsminister in der ersten PiS-Regierung waren, traten Sie als erklärter Befürworter enger Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der Administration von George W. Bush auf.

Das waren andere Vereinigte Staaten als heute. Ich erinnere an Bushs Rede an der Universität Warschau. Es war Juni 2001, drei Monate vor dem Anschlag von Al-Qaida auf das World Trade Center und das Pentagon. Es war eine der besten Reden Bushs während seiner Präsidentschaft. Kurz zusammengefasst in einem Satz: Er sagte, dass er „Europe whole and free“, also ein geeintes und freies Europa, eine demokratische Ukraine und Belarus als Teil des Westens sieht. Warum sollte es mir also nicht gefallen, dass die Vereinigten Staaten die Interessen der polnischen Außenpolitik umsetzen wollten?

Damals wollten unsere deutschen und französischen Partner die USA nicht in Europa. Sie bevorzugten die Zusammenarbeit mit Russland und waren sogar genervt, dass Polen das trojanische Pferd der Yankees in Europa war.

Und sie waren sehr überrascht, als ihr Traum – besonders der Frankreichs – von einem vereinten Europa auf Basis des Anti-Amerikanismus dazu führte, dass die Europäer im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg in ein „Neues“ und „Altes“ Europa gespalten wurden. Ich habe den Eindruck, dass diese Lektion, die sie erhalten haben, ihnen in Erinnerung geblieben ist. Mittelosteuropa will die institutionelle Weiterentwicklung der Union, aber in strategischer Harmonie mit den Vereinigten Staaten. Deutschland, Frankreich und andere Nationen Europas, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf der „besseren“ Seite des Eisernen Vorhangs lebten, verstehen inzwischen, dass die östliche Flanke aus offensichtlichen Sicherheitsgründen nicht auf den Rückzug Amerikas verzichten will.

Zum Tango braucht man zwei. Wollen die Amerikaner unter der Regierung Donald Trumps überhaupt noch Harmonie mit Europa?

Das wird sich zeigen. Gerade haben sie die Nationale Sicherheitsstrategie veröffentlicht, und alle sind aufgeregt, sprechen vom Krieg gegen Europa, dabei ist dieses Dokument doch eine Synthese aus Realismus und Ideologie, die weitgehend auf innenpolitische Zwecke ausgelegt ist, in den USA und im Weißen Haus selbst. Wichtiger werden Dokumente theoretisch niedrigerer Rangstufe sein, wie die Nationale Verteidigungsstrategie oder das Global Posture Review, die die amerikanischen militärischen Fähigkeiten und ihre Stationierung festlegen. Das wird entscheidend sein.

Wie stehen Sie zu den weltweit kursierenden Ideen, dass die USA Russland im Konflikt mit China auf ihre Seite ziehen sollten?

Ich halte das für eine Illusion. In den 70er Jahren ist es den Amerikanern tatsächlich gelungen, China auf die Seite des Westens zu ziehen und es von der Sowjetunion zu lösen. Das war ein genialer Schachzug von Präsident Richard Nixon und seinem Außenminister Henry Kissinger. Aber damals verbargen sich

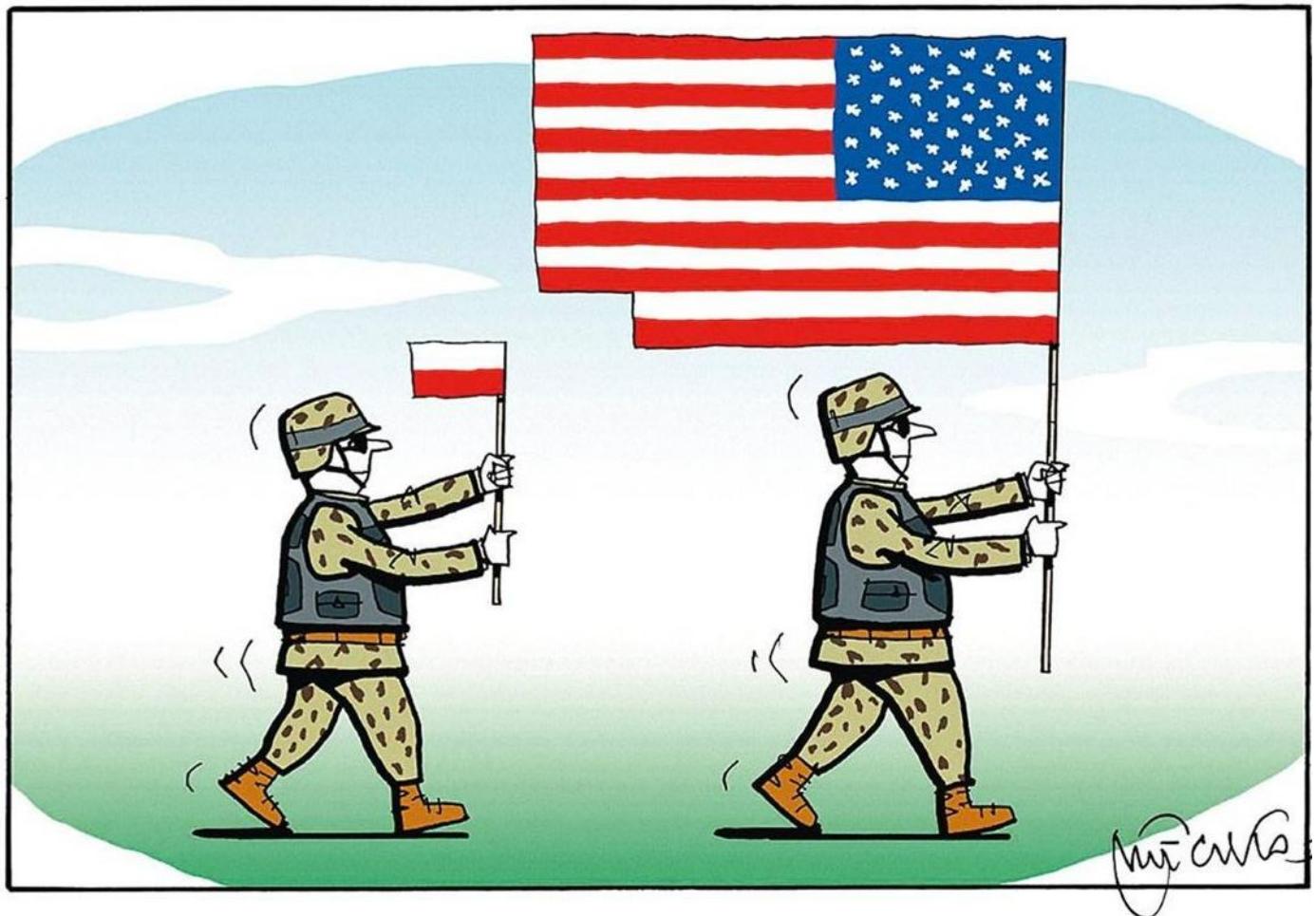
hinter dem scheinbar ideologischen Bündnis ernsthafte Konflikte, über das Modell des Kommunismus, über die Führungsrolle unter den neuen postkolonialen Staaten und in den als „national-befreend“ bezeichneten revolutionären Bewegungen, über Grenzgebiete. Heute sind Russland und China verbündet, was von grundlegender Bedeutung ist, denn die chinesische Unterstützung, von Technologie über finanzielle Tropfverbindungen, also den Kauf von Rohstoffen, bis hin zu Konsumgütern als Ersatz für die aus dem Westen, ermöglicht es Putin, an der Macht zu bleiben. Das Traumdenken vom sogenannten „umgekehrten Kissinger“ ist also unseriös. Warum sollte Putin ein Bündnis aufgeben, das zwar schlecht für die Russen ist, weil es sie in die Rolle eines Vasallen drängt, vor der sie sich immer gefürchtet haben, aber gut für ihn? Um ein instabiles Bündnis mit Donald Trump einzugehen, der in der Diplomatie auf Unvorhersehbarkeit setzt und ganz gleich, ob richtig oder falsch verstanden, den Interessen Amerikas dient?

Was erwarten Sie vom Jahr 2026? Oder genauer, wovor fürchten Sie sich am meisten?

Ich fürchte nur eines, dass manche Menschen nicht verstehen, dass Freiheit immer mit Verantwortung einhergeht. Dass sie Opfer russischer Propaganda werden und glauben könnten, es gäbe für Polen eine Alternative zur Zusammenarbeit mit unseren westlichen Partnern und Verbündeten. Denn, um Roosevelt zu paraphrasieren, das Einzige, wovor Polen sich wirklich fürchten sollte, ist die Angst selbst. Fürchten wir uns nicht davor, wie weit unser Land kommen kann. Polen ist heute ein sicheres Land, dynamisch in der Entwicklung und voller Möglichkeiten. Vergeuden wir das nicht. Vergeuden wir nicht unser neues goldenes Zeitalter.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,32481067,radoslaw-sikorski-mam-wrazenie-ze-lekcja-jaka-dostali-niemcy.html#s=S.index-K.C-B.1-L.1.duzy>



Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Fünf Thesen am Ende eines Vierteljahrhunderts



Quelle: [Flickr](#)

Von Jan Tokarski

Da sich das erste Viertel des 21. Jahrhunderts dem Ende zuneigt, bietet sich eine gute Gelegenheit, darüber nachzudenken, was sich verändert hat und wie sehr sich die Welt heute von der zu Beginn des Jahrhunderts unterscheidet.

Ich werde versuchen, dies anhand von fünf, vielleicht nicht sehr bahnbrechenden, Thesen zu veranschaulichen.

1. Europa ist kein friedlicher Kontinent mehr.

Wir sollten uns von der Gewohnheit verabschieden, Europa nur in Kategorien von Stabilität und Sicherheit zu betrachten. Europa befindet sich derzeit im Krieg – in der Ukraine in vollem militärischen Ausmaß, in anderen Ländern vorerst in hybrider Form. Dieser Kriegszustand spiegelt jedoch die Realität vor unseren Augen wider, und Frieden ist eine Illusion.

Putins Russland setzt nicht nur seinen kriminellen Angriff auf die Ukraine fort, sondern verübt auch systematisch Sabotageakte gegen EU-Mitgliedstaaten – und jene, die eines Tages beitreten wollen. Es begeht Terrorakte, schürt Polarisierung und befeuert Nationalismen, die die Solidarität zwischen den europäischen Staaten untergraben. Dies ist keine vorübergehende Modeerscheinung in der Kreml-Politik, sondern eine bewusst verfolgte Langzeitstrategie.

Wladimir Putin bezeichnete den Zusammenbruch der Sowjetunion einst als die größte geopolitische Tragödie des 20. Jahrhunderts. Der Zerfall der Europäischen Union – ob formell oder faktisch, als Folge ihrer Schwächung – wäre, so scheint es, Russlands größter politischer Erfolg im 21. Jahrhundert.

Der Krieg in der Ukraine ist daher ein sogenannter Proxy-Krieg, *den* Russland Europa und, allgemeiner gefasst, *den* die posttotalitären Diktaturen in Peking und Moskau dem Westen erklärt haben. Der Ausgang der Kämpfe jenseits unserer Ostgrenze wird nicht nur über das Schicksal des ukrainischen Staates entscheiden, sondern auch über die Zukunft des gesamten Kontinents.

Die Akzeptanz dieser neuen, kriegerischen Situation dürfte für die Bewohner unseres Kontinents außerordentlich schwierig sein. Vor allem in Westeuropa lebten die Bürger nicht nur acht Jahrzehnte lang in einer Welt ohne bewaffnete Konflikte, sondern glaubten auch, Kriege gehörten der Vergangenheit an. Sie galten als Tragödien, die wir nur noch im Fernsehen erlebten – fernab der Heimat an exotischen Orten.

Das Ende der langen Nachkriegszeit in Europa ist jedoch eine Tatsache. Und dieses Ende scheint eng mit dem Verblassen der Erinnerung an die Katastrophe zusammenzuhängen, in deren Schatten der Frieden in Europa aufgebaut wurde.

2. Die transatlantischen Beziehungen, wie wir sie kennen, gehören der Vergangenheit an.

Amerika ist sich nicht mehr sicher, ob es die Rolle des „Weltpolizisten“ spielen will. Auf republikanischer Seite triumphiert ein zuvor schlummernder, aber stets präsenter Isolationismus in der amerikanischen Gesellschaft.

Laut der kürzlich veröffentlichten offiziellen nationalen Sicherheitsstrategie des Weißen Hauses wird Washington seinen Fokus auf die westliche Hemisphäre richten und sich von Interventionen in Gebieten zurückziehen, die die amerikanischen Interessen nicht direkt betreffen.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts waren sogenannte Neokonservative bereit, im Namen demokratischer Werte (und zur Sicherung wertvoller Ölreserven) einen Kreuzzug im Nahen Osten zu führen. Nun hat sich das Blatt gewendet. Amerika hat die Absicht, sich vorrangig auf sich selbst und sein unmittelbares Umfeld zu konzentrieren. Wer glaubt, dass der oben beschriebene Trend lediglich auf den „Trump-Effekt“ zurückzuführen ist, begeht meiner Meinung nach einen schweren Fehler.

Nicht nur alle führenden republikanischen Politiker weisen isolationistische und nationalistische „America First“-Tendenzen auf, sondern auch Demokraten neigen in diese Richtung, wenn auch aus etwas anderen Gründen.

Erstens aufgrund seiner antikolonialen Ideen, die sich nur schwer mit der hegemonialen Praxis vereinbaren lassen.

Zweitens aufgrund der Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft, in der sie sich als „Heimatländer“ fühlen, ist der Bezugspunkt für eine wachsende Zahl von Bürgern nicht mehr Europa, sondern Lateinamerika. Dies ist ein immer sichtbarer werdender roter Faden, durch den Kultur, Erfahrung und das damit verbundene Gefühl der Verbundenheit vermittelt werden.

Drittens liegt es an der Entwicklung des historischen Gedächtnisses. Die Zeiten, in denen sich ein bedeutender Teil der Amerikaner an die Kämpfe in Europa während des Zweiten Weltkriegs oder an ihre Beteiligung auf dem Kontinent während des Kalten Krieges erinnerte, verblasen. Der Nahe Osten ist zu einem lebendigen Bezugspunkt geworden.

Ferner ist diese Erinnerung keine ruhmreiche, sondern eine beschämende. Der Irakkrieg wurde durch die bewussten Lügen der Bush-Regierung über Massenvernichtungswaffen ausgelöst. Der Krieg in Afghanistan endete vor den Augen der Welt mit einer spektakulären Niederlage. Europa kommt in diesen Vorstellungen nicht vor, aber sie selbst schrecken vor internationalen Interventionen ab.

Das bedeutet nicht, dass es keine weitere Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa geben wird. Doch zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg ist die strategische Partnerschaft im Atlantikraum nicht mehr selbstverständlich und natürlich.

3. Die Trennung von Demokratie und Kapitalismus

Es geschah nach vielen Jahrzehnten einer schwierigen, aber durchaus erfolgreichen Ehe. Seit 1945 schien eine regulierte Marktwirtschaft, deren Konjunkturzyklus durch staatliche Politik gedämpft wurde, eine Lösung für ein Dilemma zu bieten, das die Gesellschaften mindestens seit Anbeginn der Moderne geplagt hatte: Wie lässt sich zunehmender Wohlstand mit sozialer Stabilität verbinden? Der schrittweise Abbau der Wohlfahrtsstaatsinstitutionen und die Entwicklung des Kapitalismus haben der komplexen, aber fruchtbaren Symbiose eines freien politischen Systems und einer freien Wirtschaft ein Ende gesetzt.

Der heutige *Big-Tech*-Kapitalismus hat sich zu einer Kraft entwickelt, die den sozialen Zusammenhalt aktiv spaltet und die Polarisierung anheizt. Seine Verfechter, wie Elon Musk und Peter Thiel, vertreten einen eigentümlichen autoritären Libertarismus, in dem das Individuum so unabhängig wie möglich ist, die rechtliche und institutionelle Ordnung des Staates jedoch dereguliert wird. Für diejenigen, die dieser Denkweise anhängen, sind alle sozialen und politischen Probleme lediglich technische Angelegenheiten. Und wer könnte sie besser lösen als brillante Innovationsführer?

4. Die neue „Flucht vor der Freiheit“ in westlichen Gesellschaften

Es begann etwa im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Trotz erheblicher historischer und politischer Unterschiede scheint sein Mechanismus dem von Erich Fromm in den frühen 1940er Jahren beschriebenen analog zu sein.

Der Einzelne, befreit von den alten Macht- und Autoritätsstrukturen, allein auf seine eigenen Kompetenzen in der Wirtschaft angewiesen und frei, seine eigene, einzigartige kulturelle Identität zu schaffen, fand sich allein mit einem Gefühl von Chaos und Unsicherheit konfrontiert.

Freiheit, rein negativ verstanden als Abwesenheit äußerer Zwänge, erwies sich als paradoxe Tyrannie unendlicher Möglichkeiten. Auf dieser Grundlage entstand, wie schon vor einem Jahrhundert, der Konformismus (zu dem uns die Konsumgesellschaft bereits durch andere, aber nicht weniger wirksame Methoden erzogen hatte) und das Verlangen nach Unterordnung.

Auf diesen Emotionen könnten die neuen Populisten des 21. Jahrhunderts ihre gesellschaftliche Unterstützung aufbauen, bewusst oder unbewusst in starker Anlehnung an die Praktiken des archetypischen Populisten des letzten Jahrhunderts, Benito Mussolini. Wie er sagen die heutigen Populisten: „Ich bin die Nation.“ Wie er preisen sie den Dezisionismus und zeigen Feindseligkeit gegenüber verfassungsrechtlichen Machtbeschränkungen (insbesondere gegenüber allen parteineutralen Institutionen). Wie er schüren sie Angst und wandeln sie in Hass um (gegen Außenseiter, Eliten usw.). Die stabile Unterstützung, die populistische Gruppen genießen – oft trotz Skandalen, die ihre Protagonisten vor zwei Jahrzehnten für immer von der politischen Bühne verbannt hätten – ist das Ergebnis der bereits erwähnten neuen „Flucht vor der Freiheit“.

Sie ist selbst ein Ergebnis der Herausbildung dessen, was man manchmal als „Gesellschaft der Individuen“ bezeichnet: die Individualisierung von Einstellungen und die Lockerung sozialer Bindungen, die nicht mit dem Aufkommen neuer Muster einhergehen, welche die instabile Realität stabilisieren würden.

5. Die Ära des systemischen Konsenses ist in westlichen Gesellschaften vorbei.

Seit achtzig Jahren herrscht unter den europäischen und amerikanischen Eliten sowie in den Gesellschaften beiderseits des Atlantiks Einigkeit darüber, dass die liberale Demokratie ein gutes System ist, das es zu verteidigen gilt und das besser ist als jedes andere realistisch mögliche System.

In den letzten fünfzehn, vielleicht zwanzig Jahren hat diese Überzeugung an Verbreitung verloren. Die Realität der liberalen Demokratie befriedigt viele Westler nicht mehr. Ihre Versprechen haben ihre Faszination eingebüßt. Politiker haben sich von meinungsstarken Führungspersönlichkeiten zu Demagogen gewandelt, die von der öffentlichen Meinung getrieben werden. Unbeabsichtigt, so ist es wahr, aber mühsam, trägt dies zur Entstehung und Weiterentwicklung des Populismus bei.

Im Namen der Effizienz haben sich politische Parteien in Konzerne verwandelt, autoritäre Strukturen angenommen, und die Kommunikation mit der Gesellschaft wurde Marketingspezialisten überlassen. Ohne diese Trivialisierung, diese Entfremdung der Politik von ihrem eigentlichen Kern, gäbe es die Krise, vor der wir heute stehen, vermutlich nicht.

Deshalb sollten wir meiner Meinung nach den Triumph des Populismus nicht fürchten. In gewisser Weise hat er bereits gesiegt, da er die Grundfesten liberaler Demokratien erschüttert hat. Wer von einer Rückkehr zu einer vermeintlich goldenen Ära dieses Systems träumt, sollte sich daran erinnern, dass er genau jene Bedingungen wiederherstellen will, die den Populismus überhaupt erst ermöglicht haben.

Das Ende des systemischen Konsenses stellt jedoch nicht nur eine Bedrohung, sondern auch eine Chance dar. Eine Chance, neu zu überdenken, wie wir die Grundrechte der Bürger schützen, sie in den politischen Prozess einbinden, das Verhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus regeln und die öffentliche Debatte gestalten wollen. Diese und viele andere Entscheidungen liegen in unserer Verantwortung.

Vielleicht erleben wir, ohne es überhaupt zu ahnen, einen verfassungsrechtlichen Wendepunkt. Ihn zu nutzen, könnte die Chance sein, die gegenwärtige Krise zu überwinden; ihn zu verpassen, könnte der Beginn einer neuen Katastrophe sein.

Zsfg.: JP

<https://kulturaliberalna.pl/2025/12/29/tokarski-piec-tez-na-koniec-cwiercwiecza/>

Die Konföderation lobt die Zusammenarbeit mit Nawrocki. „Das lässt sich nicht mit dem vergleichen, was Duda gemacht hat.“



Quelle: [Sławomir Kamiński / Agencja Wyborcza](#)

Von Tomasz Nyczka

„Es gibt nur zwei Gründe zur Verärgerung, ansonsten ist es eine für beide Seiten gute Zusammenarbeit“, so bewertet man in der Konföderation die Beziehungen zum Präsidentenpalast: „Karol Nawrocki weiß, wem er seine Präsidentschaft verdankt, und dass die PiS-Wählerschaft heute allein nicht mehr ausreicht.“

Der „Bürger-Kandidat“ der PiS, Karol Nawrocki, wurde dank der Unterstützung der Wähler von Sławomir Mentzen zum Präsidenten der Republik Polen gewählt. Nawrocki unterzeichnete, anders als Trzaskowski, Mentzens Thorner Erklärung. Der Vorsitzende der Konföderation gab letztlich keine ausdrückliche Wahlempfehlung ab und unterstützte keinen der Kandidaten offiziell, doch die Botschaft an die Wählerschaft war klar: Nawrocki unterstützt die Mehrheit der Forderungen des Kandidaten der Konföderation.

Nach der Wahl kündigten die Politiker der Konföderation sofort an, den neuen Präsidenten genau zu beobachten und darauf zu achten, ob er die ihnen im Wahlkampf gemachten Zusagen einhält. Ihre Hoffnungen knüpften sie vor allem daran, dass Nawrocki erklärte, er sei gegen Steuererhöhungen und die

Einführung neuer Steuern, und dass er sich gegenüber der Ukraine sowie der Hilfe, die deren Bürger in Polen erhalten, distanziert zeigte.

Ein „konföderatistischer“ Präsident als Andrzej Duda

Wie sieht es gegen Ende des Jahres aus? Die Politiker der Konföderation zeigten sich zufrieden, als der Präsident das von der Regierung vorbereitete Kryptowährungsgesetz mit einem Veto belegte. Mentzen sagte, er habe ihn davon überzeugt, kommentierte, es sei „eine großartige Entscheidung, im Einklang mit den Erwartungen der Krypto-Branche“, und bedankte sich öffentlich beim Präsidenten. Denn das war zuletzt das wichtigste Thema für Mentzen und seine Wählerschaft.

Auf Beifall seitens der Konföderation konnte der Präsident auch zählen, als er sich entschloss, das sogenannte „Kettengesetz“ mit einem Veto zu belegen. Nach Ansicht der Konföderation war das Gesetz „überreguliert“, zu kompliziert und legte Hundebesitzern zu viele Pflichten, aber auch Strafen auf. Die Abgeordneten der Konföderation stimmten gegen die Aufhebung des präsidialen Vetos in dieser Angelegenheit.

Nun muss der Präsident entscheiden, wie er mit dem Gesetz über den Status der nahestehenden Person umgehen will, das der Ministerrat gerade verabschiedet hat. Präsidialminister Paweł Szefernaker lässt in dieser Frage kaum Zweifel. „Wenn es sich um ein Gesetz über den Status der nahestehenden Person handeln würde und nicht de facto um die Legalisierung von Lebenspartnerschaften, hätte es eine Chance auf die Unterschrift von Karol Nawrocki“, sagte er am Dienstag und argumentierte, das Ziel der im Gesetz enthaltenen Lösungen sei „de facto die Einführung von Lebenspartnerschaften“. Die Konföderation hat hierzu klare Positionen: Sie will, dass Nawrocki das Gesetz mit einem Veto belegt.

Den Politikern der Konföderation gefällt offenbar auch der Stil Nawrockis. Das zeigte sich etwa beim Unabhängigkeitsmarsch, als der Präsident ganz in Schwarz, mit der Fahne in der Hand, mitten in der Menge mitmarschierte. Vize-Sejmmarschall Krzysztof Bosak geriet in Begeisterung, begrüßte ihn von der Bühne als „einen von uns“ und wies darauf hin, dass Nawrocki schon an den Märschen teilgenommen habe, noch bevor er Präsident geworden sei. Die Konföderation hatte sich seit Wochen auf die Organisation des Marsches vorbereitet und zeigte sich sehr zufrieden mit der Anwesenheit des Präsidenten.

Als Karol Nawrocki entschied, anders als sein Vorgänger, im Präsidentenpalast keine Chanukka-Kerzen anzuzünden, konnte er erneut mit Lob aus den Reihen der Konföderation rechnen. Der Präsident erklärte, er sei „den christlichen Werten verbunden“.

Sławomir Mentzen selbst betont fortwährend, dass er mit Präsident Karol Nawrocki in regelmäßigm Kontakt stehe, den Palast besuche, sich mit ihm berate und ihn von verschiedenen Ideen zu überzeugen versuche.

Es gab zwei Gründe für Verärgerung. Erstens, als Nawrocki, obwohl die Konföderation ein Veto wollte, das Regierungsgesetz über die Hilfe für die Ukraine unterzeichnete. Einige Politiker der Konföderation, wie Stanisław Tyszka, warfen ihm damals sogar vor, er habe „die Wähler verraten“, doch Mentzen hielt sich mit Kommentaren zurück. Umso mehr, als der Präsidialminister Zbigniew Bogucki rasch erklärte, der Präsident unterzeichne ein solches Gesetz zum letzten Mal.

Zweitens, als Nawrocki im Dezember das Gesetz zum Verbot der Pelztierzucht unterschrieb. Auch das stieß auf Missfallen, denn die Konföderation verteidigt dieses Geschäft seit jeher. Mentzen kommentierte damals, Nawrocki habe „nach dem Diktat der radikalen Linken“ gehandelt, doch der Präsident wollte dieses Mal eine Geste in Richtung Jarosław Kaczyński machen.

Die Konföderation und ihr Patron

Doch diese Minuspunkte, so sagen Politiker der Konföderation, überschatten die Pluspunkte nicht. Zumal beide Seiten einander brauchen. „Es gab Dinge, die uns sehr missfallen haben, aber grundsätzlich sind wir mit der Zusammenarbeit mit dem Präsidenten und mit den Entscheidungen, die er trifft, zufrieden. Das lässt sich nicht mit dem vergleichen, was Andrzej Duda gemacht hat“, sagt ein Politiker der Konföderation.

Sławomir Mentzen und die Politiker der Konföderation würden Präsident Karol Nawrocki gern als Anführer eines rechten Bündnisses sehen. Indem Mentzen ständig von Nawrocki als dem Taktgeber der Rechten spricht, versucht er zugleich, die politische Position des PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński zu schwächen.

Als Przemysław Czarnek vorschlug, dass auf der Rechten ein sogenannter „Senatspakt“ entstehen solle, dank dessen die Rechte dem demokratischen Lager den Senat entreißen könnte, sagte Mentzen nicht „nein“, stellte jedoch seine eigene Vision eines solchen Abkommens vor, mit Präsident Karol Nawrocki als Patron des Pakts. Nawrocki sollte dafür sorgen, dass ein solcher Pakt, trotz der gegenseitigen Abneigung zwischen Kaczyński und Mentzen, realistisch würde. Zuletzt hatte auch Grzegorz Braun zur Bildung eines „rechten Senatspakts“ aufgerufen.

Der Präsident hat die Unterstützung der Mentzen-Wähler im Hinterkopf

Nawrocki ist für Mentzen wichtig, um Kaczyński auszuspielen, und der Präsident spielt dank der Zusammenarbeit mit Mentzen ebenfalls sein eigenes Spiel gegenüber dem PiS-Vorsitzenden. In der Konföderation, so heißt es, ist man sich bewusst, dass man für den Präsidenten unverzichtbar ist, und nutzt diese Situation gern aus.

„In 4,5 Jahren wird Nawrocki die Stimmen der Wähler der Konföderation brauchen, derselben, die ihn in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen unterstützt haben. Karol Nawrocki weiß, wem er seine Präsidentschaft verdankt, und er weiß auch, dass die PiS-Wählerschaft schrumpft und allein nicht mehr ausreicht, um diesen Erfolg zu wiederholen. Wenn er seine Position auf der Rechten aufbauen will, muss er sich ständig an uns und an unsere Wählerschaft orientieren und ihr gegenüber Gesten setzen, etwa indem er einzelne Gesetze mit einem Veto belegt“, sagt ein Abgeordneter der Konföderation. Er fügt jedoch sofort hinzu: „Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2030 muss die Konföderation schließlich auch ihren eigenen Kandidaten aufstellen.“

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,32500432,konfederacja-chwali-sobie-wspolprace-z-nawrockim-obie-strony.html#s=S.TD-K.C-B.2-L.1.duzy>

Palast gegen Regierung: Streit über Nawrockis Äußerungen zur „Verteidigung der Westgrenze“



Quelle: [Slawomir Kaminski / Agencja Wyborcza](#)

Von Natalia Sawka

Dies betrifft eine Erklärung des Präsidenten in Poznań, der von der „Bereitschaft zur Verteidigung der Westgrenze“ sprach. „Präsident Nawrocki hat den Westen erneut als die größte Bedrohung für Polen bezeichnet“, schrieb der Ministerpräsident in den sozialen Medien.

Was ist passiert?

Am Samstag nahm Karol Nawrocki an den Gedenkfeiern zum 107. Jahrestag des Ausbruchs des Großpolnischen Aufstands teil. Der Präsident betonte, Polen sei dem Westen gegenüber offen, aber auch „bereit, die Westgrenze der Republik Polen zu verteidigen“.

Ministerpräsident Donald Tusk reagierte auf Nawrockis Äußerungen in den sozialen Medien: „Präsident Nawrocki hat erneut den Westen als die größte Bedrohung für Polen bezeichnet. Dies ist der Kern des Streits zwischen dem antieuropäischen Block (Nawrocki, Braun, Mentzen, PiS) und unserer Koalition.“

Der Regierungschef fügte hinzu, dass dieser Streit „tödlich ernst“ sei und „unsere Werte, Sicherheit und Souveränität“ betreffe.

Auch Außenminister Radosław Sikorski äußerte sich zu dem Thema. „Ich möchte dem Präsidenten versichern, dass, solange Deutschland Mitglied der NATO und der EU ist und von christdemokratischen oder sozialdemokratischen Parteien regiert wird, keine Bedrohung für unsere Westgrenze besteht“, argumentierte er.

Der Leiter des Außenministeriums fügte hinzu, dass eine solche Bedrohung „nur dann entstehen könnte, wenn europohbe Nationalisten jenseits der Oder die Macht übernehmen würden“ – vermutlich in Bezug auf die prorussische AfD.

Nawrockis Sprecher, Rafał Leśkiewicz, kommentierte die Äußerungen der Vertreter der polnischen Regierung.

„Ministerpräsident Donald Tusk und seine Regierungskollegen haben es wieder einmal nicht verstanden. Zuerst drängten sie auf einen Neuanfang mit Russland, dann leugneten sie ihn und setzten dabei auf das kurze Gedächtnis der Polen“, betonte er.

Er erklärte, die Regierung erschaffe „eine alternative Realität“ mithilfe „perfekt beherrschter Manipulationsmechanismen“ und nutze dazu die Rede des Präsidenten der Republik Polen.

Was ist der Kontext?

Der Streit zwischen dem Präsidentenpalast und der Regierung dauert an, seit Karol Nawrocki zum Präsidenten gewählt wurde und der Hauptkandidat der Bürgerkoalition, Rafał Trzaskowski, verlor.

Der Präsident legte innerhalb von vier Monaten gegen 20 Gesetzesentwürfe sein Veto ein, und der Streit um die Botschafterernennungen dauert an. Karol Nawrocki lehnte die Nominierung von 46 Richtern ab und blockierte die Ernennung von 136 zukünftigen Offizieren zum ersten Offiziersrang. Sowohl der Premierminister als auch der Präsident lieferten sich in den sozialen Medien einen heftigen Schlagabtausch.

Der polnische Fernsehsender TVN befragte die Bevölkerung zu dem Streit zwischen dem Präsidentenpalast und der Regierung. Laut den Ergebnissen der im Dezember vom Meinungsforschungsinstitut Opinia24 durchgeführten Umfrage halten 72 Prozent der Befragten den Konflikt für schädlich für die Interessen Polens. 16 Prozent der Befragten sahen das anders. Zwölf Prozent der Befragten gaben entweder keine klare Antwort oder verweigerten die Aussage.

Der Konflikt verdeutlicht eine eklatante Diskrepanz im Denken über Sicherheit, Außenpolitik und die Beziehungen zu Europa und der Ukraine. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem der Krieg an unserer Ostgrenze andauert und das Thema Verteidigung wieder in den Mittelpunkt der Debatte rückt.

Für die Regierung untergräbt die Erzählung einer westlichen Bedrohung das Vertrauen in wichtige Bündnisse und die Grundlagen der europäischen Politik. Für den Präsidentenpalast geht es um Souveränität und das Recht, über Sicherheit zu sprechen, ohne als „antieuropäisch“ gebrandmarkt zu werden.

Doch im Hintergrund brodelt noch etwas anderes: ein Kampf darum, wer Patriotismus und Sicherheit definiert und wer lediglich einschüchtert oder manipuliert. Es geht um die Gefühle der Wähler, die Sprache des Wahlkampfs und die Frage, ob Polen Bedrohungen direkt ansprechen oder die Botschaft der Stabilität bekräftigen und verstärken sollte.

Zsfg.: JP

Wird 2026 das Jahr Brauns sein?



Quelle: [Adam Chelstowski/Agencja FORUM](#)

Von **Przemysław Szubartowicz**

Sollte Braun im Jahr 2026 seine Position festigen, wäre das ein Alarm für die Macht und ein Weckruf für die letzten Reste der gemäßigten Rechten. Die Welt, wie wir sie kennen, geht zu Ende. Aber warum soll die Leere, die sie hinterlässt, ausgerechnet von braunen und prorussischen Kräften gefüllt werden?

In einer der Dezember-Umfragen (Ogólnopolska Grupa Badawcza) erreicht die Partei von Grzegorz Braun über 11 % Zustimmung, belegt den dritten Platz und überholt die Konföderation von Sławomir Mentzen und Krzysztof Bosak. Ist dies ein Vorbote einer dauerhaften Umwälzung auf der politischen Bühne und ein Zeichen dafür, dass das Jahr 2026 in Polen der extremen Rechten gehören wird? Nicht ausgeschlossen.

Die Zeit der Scharlatane

Für die demokratischen Kräfte ist das zweifellos ein Alarm, und für die polnischen Konservativen, die vom Aufbau eines stabilen Zentrums geträumt haben, darin jedoch gescheitert sind, ein wahrer Weckruf. Denn es gibt mehrere Gründe, warum eine Formation, die unter dem Zeichen der Auschwitz-Lüge, antiukrainischer Phobien, prorussischer Leidenschaften und aggressiver Taten steht, zunehmend an Popularität gewinnt, auf Kosten anderer rechter Kräfte und auf Kosten der bisherigen politischen Polarisierung.

Das Phänomen des wachsenden Zuspruchs für extreme Kräfte, die Nationalismus und das Gespenst eines Polexit in den politischen Mainstream tragen, versuchen auch Fachleute außerhalb der Politik mit neuem Elan zu diagnostizieren. Prof. Marcin Matczak stellte in der *Gazeta Wyborcza* die These auf, dass Politiker vom Schlag eines Brauns durch brutale Angriffe progressiver Kräfte auf die Religion gestützt würden. Diese zerstörten ein aus dem Christentum hervorgegangenes Wertesystem und hinterließen eine strukturlos gewordene Leere.

Nach Ansicht des Juristen „wächst Brauns Stärke aus einem Gefühl des Verloreneins im Chaos der Normen und Werte, aus der Erosion traditioneller Autoritäten und sozialer Beziehungen“. Die Wähler versuchten daher, ihre eigene Desorientierung zu heilen, indem sie für politische Scharlatane stimmen. Braun, so Matczak, „stilisiert sich zum Hüter einer uralten Ordnung“, „benennt die Schuldigen des Niedergangs“ und wartet „mit seiner Attrappe des Sakralen“.

Exzentrische Posen

Dieser Deutung widerspricht die liberal-konservative Philosophin Prof. Agata Bielik-Robson. Ihrer Ansicht nach kommen traditionelle Diagnosen mit der Welt des virtuellen Spektakels nicht zurecht, zu der Politik und gesellschaftliches Leben geworden sind. In der Sendung *Najważniejsze pytania* auf *Polsat News* erklärte sie, Braun sei kein Politiker im eigentlichen Sinne, sondern ein Performer, der sich perfekt in das Bedürfnis nach Spielen und Spektakel einfüge und den Hunger nach Unterhaltung befriedige. Je extremer er auftrete, desto gelungener seien die Spiele.

Braun als gescheiterter Filmregisseur und Schauspieler verbindet nicht nur Politik mit Religion, sondern baut seine Popularität vor allem dadurch auf, dass er seinen Anhängern Vergnügen bereitet. In einer Welt eines allgegenwärtigen Infotainments, in der ernsthafte Politik durch Kulturkämpfe ersetzt wird und die Debatte durch Memes und die Fiktionen sozialer Medien, verkleiden sich extreme Populisten als Showmen und verführen mit exzentrischen Posen sowie durchaus gefährlichen „Ansichten“.

Braun ist somit eher ein Symptom der allgemeinen Krise, in die die westliche Welt geraten ist, einer Welt, die sich aufgrund des Überflusses an allem selbst überdrüssig geworden ist. Reell betrachtet wird dies jedoch verheerende Folgen für den Staat haben.

Unabhängig davon, ob die extreme Rechte als Pflaster für eine Wertekrise dienen soll, ob sie ein Produkt der kapitalistischen Jagd nach politischer Unterhaltung ist oder ob ihr Erfolg aus der Krise der gemäßigten Rechten resultiert, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass Braun mitsamt seinem zwielichtigen Umfeld nach den Wahlen 2027 zum Zünglein an der Waage wird.

Sowohl die PiS als auch die Konföderation könnten inneren Spaltungen nicht entgehen, was diese Parteien weiter schwächen würde, und alle Zweifel würden von den Wählern zugunsten eines weiteren ‚antisystemischen‘ Aufbegehrens entschieden werden.

Tusks Pattsituation

Diesmal jedoch in offen prorussischen und braunen Farben. Die Überdrüssigkeit des Westens hat zu einer Situation geführt, in der liberale Demokraten, um ihre Zustimmung zu retten, unbeholfen versuchen, sich als Rechte auszugeben, während die Rechte in Bereiche vordringt, die sie früher gemieden oder sogar verabscheut hat.

Doch das kommende Jahr 2026 wird auch die Antwort darauf bringen, ob Donald Tusks Macht einem langsamem Niedergang oder einem plötzlichen Aufblühen entgegengeht. Die Bürgerkoalition KO verfügt nach wie vor über mehr als 35 % in der bereits erwähnten OGB-Umfrage, nachdem sie die Unterstützung der Parteien, die bis vor Kurzem Der dritte Weg bildeten, vereinnahmt hat, doch selbst ein so gutes Ergebnis verschafft ihr keine Chance, an der Macht zu bleiben.

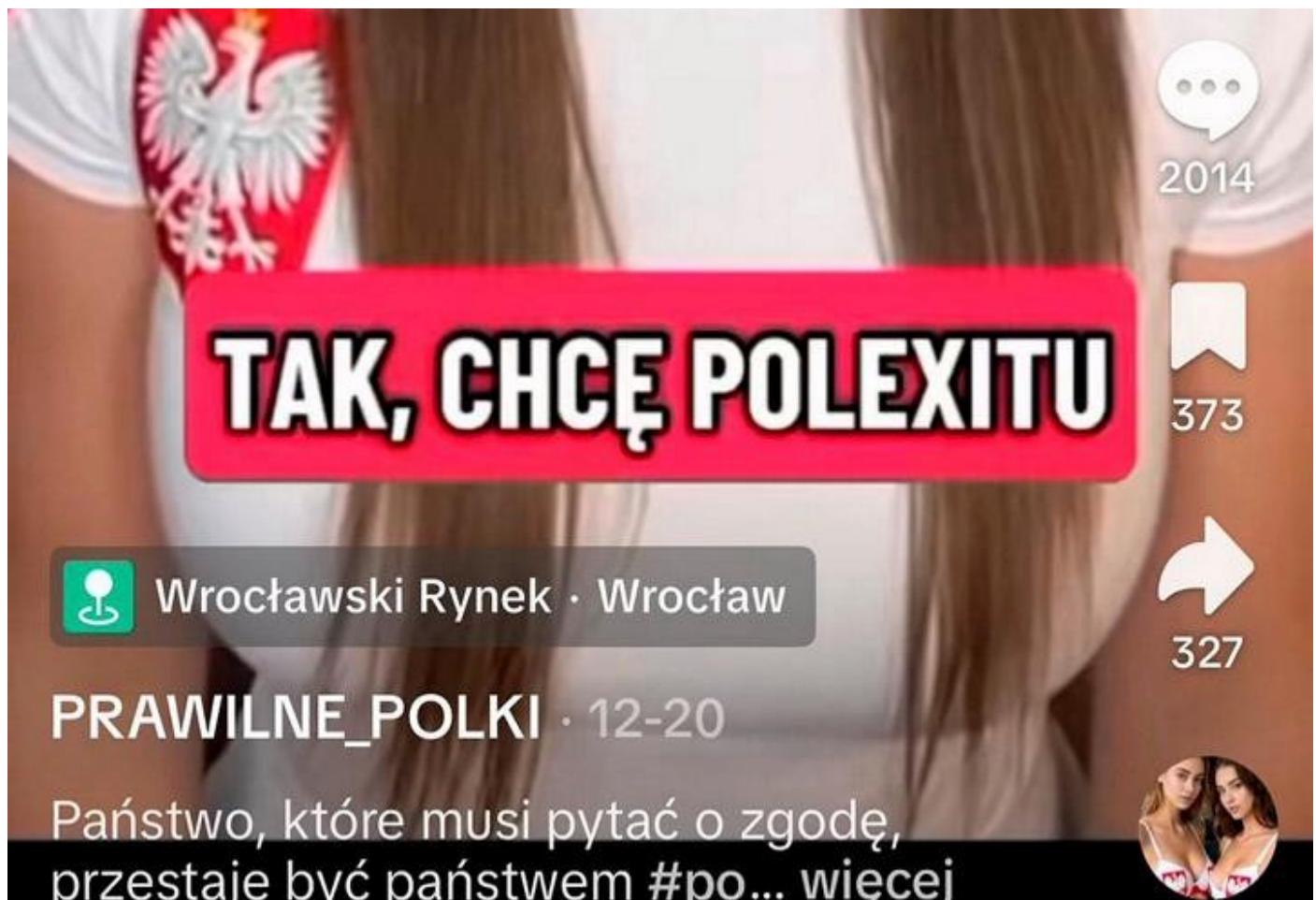
Es ist übrigens bemerkenswert, dass auf liberaler Seite dieser Umstand nur widerwillig wahrgenommen wird. Man begnügt sich mit der Freude über den ersten Platz, der keineswegs Chancen auf eine Fortsetzung der Regierungszeit nach den Wahlen bietet.

Vor dem Premierminister, der immer weniger bereit sein wird, die Macht innerhalb seiner Partei zu teilen, steht die Herausforderung, einen Weg zu finden, diese Pattsituation zu überwinden oder nach den Wahlen 2027 in die Opposition zu gehen.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-czy-2026-bedzie-rokiem-brauna,nId,22503633>

Schöne, junge Polinnen äußern sich zum Polexit: Wie KI und ein gehackter Account die EU-feindliche Stimmung anheizten



Quelle: [Prawilne_Polki \(Fot. screen\)](#)

Von Justyna Grochaj

Das Beispiel der „Prawilne Polki“ zeigt, dass selbst künstlich erzeugte Charaktere die öffentliche Meinung in den sozialen Medien effektiv beeinflussen können.

Das TikTok-Profil „Prawilne_Polki“ gibt sich als Stimme junger Frauen aus, die gegen die Europäische Union sind. Ihre Videos, die für den Polexit, also den Austritt Polens aus der EU, werben, erfreuen sich großer Beliebtheit. Das Problem: Die Personen in den Videos existieren nicht – sie wurden von künstlicher Intelligenz generiert. Journalist Michał Istel beschreibt dieses neue Beispiel organisierter EU-feindlicher Propaganda in den sozialen Medien für TVN24.

In den Videos kritisieren junge, attraktive Frauen in Outfits mit patriotischen Symbolen die Europäische Union, die Migrationspolitik und die derzeitige „verräterische Regierung“ und verbreiten Narrative, die typisch für die extreme Rechte sind.

„Ja, ich will den Polexit. Schluss damit, dass Polen von Brüssel aus regiert wird. Schluss mit den Drohungen, wir kämen ohne Zustimmung von außen nicht zurecht. Es ist unser Recht, unser Geld und unsere Entscheidungen“, sagt eine von ihnen. Eine andere: „Ich will den Polexit, weil ich Wahlfreiheit will,

auch wenn es teurer ist. Ich kann mich nicht an Polen vor der EU erinnern, aber ich habe das Gefühl, es war damals polnischer.“

In einem anderen Film wird behauptet, dass „bereits über die Hälfte der Polen den Polexit unterstützen“ und die EU als „Eurokolchos“ bezeichnet wird.

Die Videos erreichten schnell Hunderttausende von Aufrufen. Eine Profilanalyse eines TVN24-Journalisten ergab, dass die Charaktere in den Videos von künstlicher Intelligenz generiert wurden. Das Konto, auf dem die Videos veröffentlicht wurden, war zuvor von einem anderen, vermutlich englischsprachigen Nutzer übernommen worden, wodurch der Aufbau einer Reichweite von Grund auf vermieden wurde. Die Änderung des Profilnamens und der Beschreibung („Hier sprechen schöne polnische Mädchen, direkt und mit ihrer eigenen Meinung. Patriotismus, Souveränität und Normalität an einem Ort. Nein zur Eurokolchos #polexit“) sowie die Veröffentlichung der fertigen Videos erfolgten gleichzeitig Mitte Dezember 2025.

Der Fall der „Prawilne Polki“ ist ein Beispiel für eine neue Phase politischer Propaganda im Internet, die generative künstliche Intelligenz, falsche Identitäten und Mechanismen sozialer Medien nutzt, um bestimmte Botschaften zu verstärken und die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Der Autor des Artikels hebt hervor, dass die KI-generierten Inhalte sich trotz des für viele Zuschauer leicht erkennbaren künstlichen Ursprungs der Videos online effektiv verbreiteten. Auf TikTok erzielten sie fast 200 000 Aufrufe und über 20 000 Likes, wobei die hohe Interaktionsrate zu ihrer weiteren Verbreitung beitrug. Auch auf Facebook und X wurde der Inhalt von anonymen Accounts massenhaft geteilt, erreichte dort aber nicht dieselbe Popularität.

Nach der Intervention von „Wyborcza“ löschte TikTok den Account.

Zsfg.: JP

https://www.wysokieobcasy.pl/wysokie-obcasy/7,163229,32498558,piękne-i-młode-polki-mowią-o-polexitie-jak-ai-i-przejete-konto.html?utm_source=facebook.com&utm_medium=SM&utm_campaign=FB_Gazeta_Wyborcza

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [PAP/Radek Pietruszka/AFP](https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-tusk-komentuje-spotkanie-trumpa-z-zelenskim-jedno-jest-pewne,nld,22503345)

„Nach den nächtlichen Gesprächen mit den Staats- und Regierungschefs Europas steht eines fest: Der Westen und die Ukraine werden diese Konfrontation verlieren, wenn es Russland gelingt, uns zu spalten und die Friedensbedingungen zu diktieren.“

Donald Tusk

Quelle: <https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-tusk-komentuje-spotkanie-trumpa-z-zelenskim-jedno-jest-pewne,nld,22503345>

MEDIENSPiegel – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

euronews.com

55 Prozent mehr Buchungen: Warum Polen Europas neues Top-Weihnachtsziel ist

<https://de.euronews.com/reise/2025/12/26/polen-reisen-weihnachten-europa>

euronews.com

Russische Angriffe auf die Ukraine: Polen reagiert mit Kampfjets

<https://de.euronews.com/2025/12/27/ukraine-polen-kampfjets>

rbb24

Kulturzug zwischen Berlin und Wrocław (Breslau) fährt am Sonntag zum letzten Mal

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2025/12/kulturzug-wroclaw-berlin-wird-eingestellt-letzte-fahrt-breslau-.html>

fr.de

Neues Abwehrsystem in Polen: Die „Fritteuse“ für Putins Drohnen

<https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-putin-selenskyj-nato-polen-drohnen-verluste-offensive-trump-kampfjet-94100042.html>

rnd.de

Unwetter in Polen: Stürme und Hochwasser bedrohen Küstenorte

<https://www.rnd.de/panorama/heftige-unwetter-in-polen-schneestuerme-und-hochwasser5KKMVTGCGREQXD3IHWGXXPECQY.html>

euronews.com

Polen bereitet sich mit "Sicherheitsleitfaden" auf einen Ernstfall vor

<https://de.euronews.com/2025/12/30/polen-sicherheitsleitfaden-ernstfall>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus